

Timian Cyrus Mostaghimi-Gomi

Bedeutung von Kultur als weichem Standortfaktor im Standortwettbewerb

TYP DES DOKUMENTS | TYPE OF THE DOCUMENT

Studienarbeit | Study Thesis

Nachnutzung | Reuse

Diese Publikation steht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0 International). Sofern die Namen der Autor*innen/ Rechteinhaber*innen genannt werden, kann der Inhalt vervielfältigt, verbreitet, öffentlich aufgeführt und kommerziell genutzt werden. Außerdem dürfen Bearbeitungen angefertigt und verbreitet werden. Weitere Informationen und die vollständigen Bedingungen der Lizenz finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Bedeutung von Kultur als weichem Standortfaktor im Standortwettbewerb

Timian Cyrus Mostaghimi-Gomi

1 Einleitung

1.1 Thematische Hinführung

Im internationalen Standortwettbewerb versuchen Staaten, Regionen und Städte durch die Anpassung verschiedener beeinflussbarer Standortfaktoren ihre Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen bzw. für die Ansiedlung von transnationalen Unternehmen zu steigern. In Abgrenzung zum internationalen Standortwettbewerb konkurrieren Gebietskörperschaften im interlokalen bzw. interregionalen Standortwettbewerb lediglich auf lokaler bzw. regionaler Ebene. Diese Wettbewerbsform ist dabei auf die Anziehung und Bindung mobiler und wohlfahrtsfördernder Faktoren, wie Einwohner*innen, Unternehmen sowie Sach- und Humankapital ausgerichtet. Mit dem Ziel, Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Standorten zu generieren, rivalisieren die jeweiligen lokalen Akteure um Ressourcen (Rosenfeld 2012: 2). Dabei spielen verschiedenste „harte“ (Eisold 2014: 13) als auch „weiche“ (ebd.) Standortfaktoren eine zentrale Rolle (ebd.). Auch Kultur kann als Standortfaktor verstanden werden. Neben ihrer sozial-, bildungs-, umwelt- und entwicklungspolitischen Bedeutung tritt in diesem Kontext auch zunehmend die ökonomische Relevanz von Kultur in den Vordergrund (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste 2015: 4).

1.2 Methodische Vorgehensweise

Im Folgenden werden zunächst einige grundlegende Begrifflichkeiten erläutert, welche für das weitere Verständnis von zentraler Bedeutung sind. Anschließend wird der Begriff des „Standortfaktors“ definiert und differenziert untergliedert. Zudem erfolgt in diesem Rahmen eine diesbezügliche erläuternde Einordnung des Standortfaktors „Kultur“. Darauf aufbauend wird die Kulturpolitik in der BRD betrachtet, um die rechtliche und ökonomische Relevanz des Standortfaktors „Kultur“ in der BRD zu analysieren. Anschließend wird die Bedeutung des Standortfaktors „Kultur“ und deren Entwicklung im Standortwettbewerb beleuchtet, analysiert und kritisch betrachtet. Im Fazit erfolgt abschließend eine zusammenfassende Darstellung der erfolgten Analyse und der zentralen Ergebnisse sowie ein Ausblick auf die Frage nach der künftigen Bedeutungsentwicklung des Standortfaktors „Kultur“ innerhalb des Standortwettbewerbs.

2 Grundlegende Begriffserläuterungen

Um ein theoretisches Fundament zu errichten, werden im Folgenden einige in diesem thematischen Zusammenhang grundlegende Begrifflichkeiten definiert.

2.1 Kultur

Dem Begriff der „Kultur“ liegt eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen zugrunde, welche sich in Abhängigkeit von ihrem jeweiligen wissenschaftlichen Kontext z. T. wesentlich unterscheiden. Gleichzeitig variiert die Bedeutung des Kulturbegriffs innerhalb einzelner Wissenschaften, wie der Kulturwissenschaft, sowie zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Ursprünglich leitet sich das deutsche Wort „Kultur“ von den lateinischen Begriffen „cultura“ und „cultus“ ab, welche übersetzt so viel wie „Landbau“, „Anbau“, „Bebauung“ und „Pflege“ bedeuten. So ist allen Definitionen, trotz der Bedeutungsvielfalt des Kulturbegriffs, das „vom Menschen Gemachte“ (Nünning 2009) bzw. „gestaltend Hervorgebrachte“ (ebd.) als etymologisch fundiertes Wesensmerkmal gemein. Während der Begriff seinen Bedeutungsursprung in der Landwirtschaft hat, bezieht sich der moderne Kulturbegriff, übertragen auf ein breiteres Bedeutungsspektrum, auf die Sicherung und Pflege der Voraussetzungen menschlicher Existenz. Die herkömmliche ökonomische Bedeutung von Kultur umfasst die übergeordneten Bereiche der Produktion, Distribution und des Erhalts künstlerischer Werke (Hummel/Berger 1988: 29). Um die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kultur als Standortfaktor im Standortwettbewerb zu ermitteln, muss dieser weit ausgelegte Kulturbegriff im vorliegenden ökonomischen Kontext eingegrenzt werden (Hummel/Berger 1988: 22 f.). So umfasst der Kulturbegriff die Bedeutung von Kultur als Standortfaktor und damit kulturelle Aspekte bzw. Kriterien, welche die Standortwahl von Unternehmen beeinflussen. D. h., dass der Kulturbegriff im Folgenden vordergründig das kulturelle Angebot eines Standortes bzw. einer Gebietskörperschaft erfasst (Cortie 2009: 43). Die Kultur bzw. das Kulturangebot hat wiederum einen entscheidenden Einfluss auf das Image eines Standortes (ebd.: 40, 45).

Um dieses Kulturverständnis weiter einzugrenzen, zu konkretisieren und damit zu veranschaulichen, können die große Vielfalt und Bandbreite der kulturellen Angebote und Leistungen einzelnen Kultursparten zugeordnet werden. So untergliedert die UNESCO die kulturellen Tätigkeiten von Gebietskörperschaften in die Bereiche „Kulturelles Erbe“, „Druckerzeugnisse und Literatur“, „Musik“, „Darstellende Kunst“, „Bildende Kunst“, „Film und Photographie“, „Hörfunk und Fernsehen“, „Soziokulturelle Aktivitäten“, „Sport“, „Natur und Landschaftspflege“, „Kulturverwaltung und sonstige kulturelle Aktivitäten“ (UNESCO 1983: 121).

2.2 Standortwettbewerb

Im Grundsatz definiert der Begriff „Standortwettbewerb“ den Wettbewerb zwischen verschiedenen Standorten um Ressourcen jeglicher Art. Unter dem Begriff „Standort“ werden in diesem Kontext lokale bzw. regionale Akteure, wie Staaten, Städte, Kommunen und Regionen verstanden (Rosenfeld 2012: 2). Konkretisiert stehen diese Standorte in erster Linie im Wettbewerb um Investitionen, Steuereinnahmen und Arbeitsplätze. Der Fokus liegt dabei auf der Anziehung standortexterner Direktinvestitionen (Koch 2017: 103) und damit auch auf der Förderung der Ansiedlung und langfristigen Bindung von (transnationalen) Unternehmen an den jeweiligen Standort (Mäding 2012: 110). Anders formuliert zielt der Standortwettbewerb auf die Anziehung und Bindung mobiler und wohlfahrtsfördernder Faktoren ab. Zu diesen Faktoren zählen neben Direktinvestitionen und (transnationalen) Unternehmen weiterhin auch Einwohner*innen sowie Sach- und Humankapital (Rosenfeld 2012: 2). Ausgehend von der Annahme, dass Unternehmen ihre Entscheidungen anhand rationaler ökonomischer Kriterien treffen, sind Unternehmen bestrebt, sich auch bei ihrer Standortwahl an entsprechenden Kriterien zu orientieren (Weizsäcker 1999: 55). Vor dem Hintergrund fortschreitender

Globalisierungsentwicklungen verfügen Unternehmen über eine immer größer werdende Entscheidungsfreiheit bei ihrer Standortwahl (Mäding 2012: 110). Standorte, welche die günstigsten bzw. für das jeweilige Unternehmen vorteilhaftesten Standortbedingungen aufweisen und somit die höchsten Gewinnmöglichkeiten versprechen, profitieren schwerpunktmäßig von Direktinvestitionen (Koch 2017: 103) und werden so zu den „Gewinner{n}“ (Rosenfeld 2012: 2) des Standortwettbewerbs (ebd.). Der Standortwettbewerb findet im Wesentlichen über die Anpassung beeinflussbarer Standortfaktoren statt. D. h., dass die Standorte bestrebt sind, ihre Standortfaktoren i. S. einer möglichst hohen Attraktivität für Direktinvestitionen bzw. die Ansiedlung externer Unternehmen zu beeinflussen (Koch 2017: 103). Um Wettbewerbsvorteile zu schaffen und sich so im Standortwettbewerb zu behaupten, werden als zentrale übergeordnete Instrumente standortspezifische Regularien angepasst oder Privilegien gewährt (Rosenfeld 2012: 2). Praktisch äußert sich dies beispielsweise in der Beeinflussung von Steuersätzen, Lohnkosten (Berthold/Fricke 2009: 2) und Arbeitszeitregelungen oder auch in der Gewährung von Investitionshilfen (Gebhardt et al. 2007: 661).

3 Standortfaktoren

Generalisiert wird unter dem Begriff des Standortfaktors ein für die Wahl eines bestimmten Standortes relevanter Sachverhalt verstanden (Kyrer 2017: 535). Der Begriff „Standortfaktor“ definiert nach dem traditionellen raumbezogenen Verständnis einen vom jeweiligen Standort abhängigen wirtschaftlichen Vorteil. Für Unternehmen kommt dieser ökonomische Nutzen insbesondere in Form von Kostenersparnissen zum Tragen, wenn sie ihre wirtschaftliche Aktivität an Standorten ausüben, an welchen entsprechende Standortfaktoren vorherrschen (Weber 1909: 16). Durch den Standortfaktor als Charakteristikum eines Ortes wird der jeweilige Standort anhand ökonomischer Gesichtspunkte bewertbar. Diese Bewertbarkeit ermöglicht einen kriterienorientierten Vergleich sowie eine Abwägung verschiedener Standorte (Eisold 2014: 13). Im Gegensatz zur traditionellen Definition des Standortfaktors, welche den Kostenfaktor als ausschlaggebendes Entscheidungskriterium bei der Standortwahl hervorhebt, treten bei moderneren wissenschaftlichen Ansätzen vermehrt qualitative Anforderungen (Bathelt/Glückler 2012: 173) bzw. sog. weiche Standortfaktoren bei der Standortentscheidung von Unternehmen in den Vordergrund (Eisold 2014: 15). Beispielsweise sei eine Gewichtungsverlagerung von reinen Kostenfaktoren, wie Transportkosten, hin zu gut ausgebauten Infrastrukturnetzen zur Errichtung von Kommunikations- sowie Informationsverflechtungen mit Konsumenten*innen, Universitäten und Lieferanten zu beobachten (Bathelt/Glückler 2012: 173 f.).

3.1 *Harte Standortfaktoren*

„Harte“ Standortfaktoren sind gut quantifizierbare Standortfaktoren, welche sich faktenorientiert messen lassen und eine unmittelbare Relevanz für die Betriebs- oder Unternehmenstätigkeit aufweisen (Grabow 2005: 39). Unter „quantifizierbar“ ist in diesem Kontext die Messbarkeit der Ausprägungen harter Standortfaktoren in Kosten zu verstehen (Bathelt/Glückler 2012: 174). Zu den harten Standortfaktoren zählen u. a. Steuern, Abgaben, Subventionen, die Verkehrsanbindung, die Nähe zu Zulieferern, der regionale Absatzmarkt, die Verfügbarkeit von Flächen, die Qualität und Quantität von Arbeitskräften, die Verfügbarkeit von wissenschaftlichen Einrichtungen zur Aus- und Weiterbildung (Gebhardt et al. 2007: 683), wissenschaftliche Kooperationsmöglichkeiten sowie ein flexibles und schnelles Handeln der lokalen Verwaltung (Grabow 2005: 39).

13.2 Weiche Standortfaktoren

Als sog. „weiche“ Standortfaktoren werden schlecht quantifizierbare Standortfaktoren verstanden, deren Relevanz von der subjektiven Einschätzung des jeweiligen Unternehmens abhängig und welche lediglich mittelbar für die Betriebs- und Unternehmenstätigkeit relevant sind (Grabow 2005: 39). Eine weiter ausdifferenzierte Untergliederung der weichen Standortfaktoren erfolgt durch die Unterscheidung in unternehmensbezogene und personenbezogene Faktoren. Während die weichen unternehmensbezogenen Standortfaktoren unmittelbaren Einfluss auf die betrieblichen bzw. unternehmerischen Tätigkeiten haben, spielen die weichen personenbezogenen Faktoren schwerpunktmäßig für die Entscheider*innen bzw. Verantwortlichen und Beschäftigten eines Unternehmens eine Rolle. Durch ihre Bedeutung für diese Stakeholdergruppen können die personenbezogenen Faktoren zumindest mittelbar ebenfalls Einfluss auf die Betriebs- und Unternehmenstätigkeiten ausüben (Grabow 2005: 38 f.). Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn sich das Standortwahlverhalten von Unternehmen an den subjektiven Präferenzen der Entscheider*innen und Arbeitnehmer*innen und damit an den personenbezogenen weichen Standortfaktoren orientiert (Grabow et al. 1995: 67). Beispiele für weiche unternehmensbezogene Standortfaktoren sind das Image eines Standortes (Cortrie 2009: 38 f.), das Verhalten der öffentlichen Verwaltung, die Mentalität der Arbeitnehmer*innen oder auch das wirtschaftliche Klima. Zu den weichen personenbezogenen Standortfaktoren zählen u.a. die subjektiven Ansichten und Präferenzen von Entscheider*innen und Beschäftigten zu den Lebens- und Arbeitsumständen an einem Standort (Eisold 2014: 15; Grabow et al. 1995: 67) sowie die Einschätzungen der Arbeitskräfte zu den standortspezifischen Qualitäten, der Wohnsituation, der Bildungsmöglichkeiten und zum kulturellen Angebot (Grabow et al. 1995: 67). Weitere Beispiele für weiche Standortfaktoren können Lebens- und Umweltbedingungen, das regionale Image, das politische und soziale Klima (Bathelt/Glückler 2012: 174), der Freizeitwert oder das Kulturangebot eines Standortes sein (Grabow 2005: 39).

3.3 Relation zwischen weichen und harten Standortfaktoren

Die Relation zwischen weichen und harten Standortfaktoren wird in erster Linie durch ihren fließenden Übergang beschrieben. In Abhängigkeit von dem Grad der Quantifizierbarkeit und dem Grad ihrer individuellen, d. h. unternehmensspezifischen, Relevanz für die Betriebs- bzw. Unternehmenstätigkeit variieren Standortfaktoren in ihrer „Härte“ bzw. „Weiche“ (Cortrie 2009: 33). Ein weiterer Wirkungszusammenhang weicher und harter Standortfaktoren wird anhand der mittelbaren bzw. indirekten Effekte weicher Standortfaktoren, wie dem Kulturangebot und dem Image eines Standortes (Grabow et al. 1995: 69), auf die Standortwahl von Unternehmen deutlich. Je größer der Mangel an bzw. die Nachfrage nach spezifisch qualifizierten Arbeitskräften ist, desto eher richten sich Unternehmen bei ihrer Standortwahl an den Standortpräferenzen der Arbeitnehmer*innen und damit an weichen Standortfaktoren aus. Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften stellt jedoch einen klassischen harten Standortfaktor für Unternehmen dar, da sie unmittelbaren Einfluss auf die Betriebs- und Geschäftstätigkeit der Unternehmen nimmt. Somit steht der weiche Standortfaktor der „Wohn- und Arbeitsortpräferenzen von Arbeitnehmer*innen“ (Grabow et al. 1995: 70) – und damit auch des weichen Standortfaktors „Kultur“ – in einer unmittelbaren Beziehung zu dem harten Standortfaktor der Verfügbarkeit von Arbeitskräften (ebd.).

3.4 Einordnung des Standortfaktors „Kultur“

Bezogen auf die Unterscheidung von Standortfaktoren in „hart“ und „weich“ erscheint fraglich, wie der Standortfaktor „Kultur“ in dieses Unterscheidungssystem einzuordnen ist. Grundsätzlich ist die Einordnung von Standortfaktoren von dem jeweiligen „Betrachtungszusammenhang“ (Cortrie 2009: 33) bzw. den individuellen Anforderungen eines Unternehmens an seinen Standort abhängig. Ausgehend von der subjektiven unternehmensspezifischen Perspektive können Standortfaktoren, welche von einigen Unternehmen als „weich“ charakterisiert, von anderen Unternehmen als „hart“ wahrgenommen werden (Eisold 2014: 13; Bathelt/Glückler 2012: 174). So kann das kulturelle Angebot eines Standortes für die Entscheider*innen bzw. Verantwortlichen eines Unternehmens bei der Standortwahl einen weichen Standortfaktor darstellen, während es für ein Unternehmen, welches dem kulturellen Sektor zuzuordnen ist, einen harten Standortfaktor darstellt (Eisold 2014: 13). Grund hierfür ist, dass für Unternehmen, Arbeitskräfte oder Führungskräfte, welche nicht der Kulturwirtschaft zuzuordnen sind, das kulturelle Angebot eines Standortes – als Metafaktor „Kultur/Attraktivität/Image“ (Grabow 2005: 40) – eine subjektive und damit unterschiedlich gewichtige Rolle spielen (ebd.). Für die Betriebs- und Unternehmenstätigkeit ist das kulturelle Angebot in diesem Fall nicht unmittelbar relevant. Mittelbar hat es jedoch eine Auswirkung auf die Standortwahl von Unternehmen und Arbeitskräften (Eisold 2014: 13). Ist das Unternehmen jedoch selbst der Kulturbranche zuzuordnen, so ist das Kulturangebot und die kulturellen Eigenschaften eines Standortes unmittelbar für die Betriebs- und Unternehmenstätigkeit entscheidend. Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass die Charakterisierung eines Standortfaktors als „hart“ oder „weich“ im jeweiligen Kontext beurteilt werden muss. Bei der Betrachtung und Ermittlung der Bedeutung eines Standortfaktors ist daher eine branchenbezogene Analyse des jeweiligen Standortfaktors erforderlich (Eisold 2014: 13).

4 Kulturpolitik in der BRD

Die Kulturpolitik und Kulturförderung stellen staatliche Gestaltungsaufgaben dar. Sie werden sowohl in gemeinsamer Kooperation von Bund, Ländern und Gemeinden als auch eigenverantwortlich von den jeweiligen Gebietskörperschaften wahrgenommen (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste 2015: 7). Die Kulturpolitik gilt als fundamentales Element kommunaler Daseinsvorsorge (Hebborn 2015: 13). Im Rahmen des sog. „wissensbasierten Strukturwandels“ (Stiller 2012: 174) haben sich die Schwerpunkte der Standortpolitik verändert. So steigt der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften (ebd.). Diese gesellschaftlichen Entwicklungen und ökonomischen Anforderungen begründen die Ausrichtung der Standortpolitik auf die weichen Standortfaktoren (ebd.: 176). Mit einer staatlichen Förderung der weichen Standortfaktoren wird die Stärkung der Lebensqualität und Attraktivität eines Standortes für die Einwohner*innen und insbesondere für standortsexterne Arbeitskräfte bezweckt (ebd.: 176 f.). Auf politischer Ebene werden staatliche Eingriffe in den Kunst- und Kultursektor weiterhin u. a. mit dem Versorgungsziel begründet, kulturelle Grundbedürfnisse zu decken und diese Deckung auch künftig sicherzustellen. Dieses Bedürfnis nach einem ausgeprägten kulturellen Angebot wird von dem Grundbedürfnis nach „regionalem oder nationalem Selbstgefühl“ (Hummel/Berger 1988: 39) abgeleitet (ebd.: 38 f.). Auch sog. „Verteilungsziele“ i. S. einer staatlichen Herstellung gleicher Zugangsmöglichkeiten zu kulturellen Angeboten – unabhängig vom Einkommen der Einwohner*innen eines Standortes – werden zur Rechtfertigung herangezogen (ebd.: 40). Aus diesen politischen Motiven, von staatlicher Seite in den Kultursektor zu intervenieren,

lässt sich ein Teilaspekt der staatlich-politischen Bedeutung ableiten, welche der Staat der Kultur als weichen Standortfaktor zuschreibt. So scheint Kultur für die Einwohner*innen verschiedenster sozialer Schichten eines Standortes von existenzieller Bedeutung und damit auch für die Bindung der Einwohner*innen bzw. Arbeitskräfte an einen Standortfaktor entscheidend zu sein.

4.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Um die Bedeutung des Standortfaktors „Kultur“ auf rechtlicher Ebene zu beurteilen, wird im Folgenden die (verfassungs-)rechtliche Verankerung von Kultur in der Rechtsordnung der BRD dargestellt. Auf Ebene des Verfassungsrechts ist in diesem Kontext zunächst Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG zu nennen, welcher die Freiheit der Kunst regelt. Gem. Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG sind „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre {...} frei“. Auch wenn Grundrechte grundsätzlich als Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat zu verstehen sind und somit vor staatlichen Eingriffen schützen sollen, wird das Grundrecht inzwischen zunehmend auch in seiner gewährleistenden Funktion der Freiheit interpretiert (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste 2015: 7). Die rechtliche Bedeutung der Kultur in der BRD geht darüber hinaus aus dem Einigungsvertrag hervor (ebd.), welcher die mit dem Beitritt der DDR zur BRD einhergehenden Veränderungen und damit die „Wiedervereinigung“ Deutschlands (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2021: Unterzeichnung des Einigungsvertrages) regelt (ebd.). In Art. 35 Abs. 1 S. 3 des Einigungsvertrages wird Deutschland als „Kulturstaat“ bezeichnet. Abgeleitet aus diesem staatlichen Selbstverständnis gilt Kultur als zu fördernde Staatsaufgabe, auf welcher konkrete staatliche und föderal strukturierte Handlungsformen und Aufgaben basieren (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste 2015: 7). Entsprechend der föderalen Staatsstruktur (ebd.: 9) sowie der Gesetzgebungskompetenzen aus Art. 30 GG obliegt die Übernahme kulturpolitischer Aufgaben in erster Linie den Bundesländern (ebd.: 7 f.). In diesem Kontext wird auch von der sog. „Kulturhoheit der Länder“ (Lübking 2018: 446) gesprochen. Auf Städte- und Gemeindeebene kann die Kulturhoheit aus dem Selbstverwaltungsrecht i. S. d. Art. 28 Abs. 2 GG abgeleitet werden. Allerdings schränkt der Bund durch die Übernahme von Zuständigkeiten bestimmter kultureller Angelegenheiten die Kulturhoheit der Länder ein (ebd.). Die verfassungsrechtliche Verankerung des Schutzes und der Gewährleistung von Kunst und Kultur(-freiheit) sowie das im Einigungsvertrag begründete Selbstverständnis der BRD als „Kulturstaat“ spiegeln die hohe rechtliche Bedeutung von Kultur innerhalb der BRD wider. Mittelbar begründet und begünstigt diese rechtliche Bedeutungszuschreibung auch die Entwicklung und Förderung von Kultur und kulturellem Angebot, sodass auch Kultur in ihrer Eigenschaft als weicher Standortfaktor gefördert wird. Inwiefern der Staat die Kultur bei seiner Bedeutungsbemessung als weichen Standortfaktor versteht, ist jedoch nicht eindeutig feststellbar.

4.2 Staatliche Kulturausgaben und -förderung

Die Bedeutung des Standortfaktors „Kultur“ in der bzw. für die BRD wird im Folgenden mittelbar aus der Entwicklung der körperschaftsspezifischen staatlichen Kulturausgaben sowie aus der staatlichen Rechtfertigung der ökonomischen Förderung von Kunst und Kultur abgeleitet. Grundlegend wird die staatliche Kulturförderung mit dem Selbstverständnis der BRD als „Kulturstaat“ (Klein 2018: 329) begründet. Um diesem Selbstverständnis gerecht zu werden, unterstützt der Staat übergeordnete Themenfelder, wie beispielsweise die kulturelle Bildung und die Geschichtskultur. Legitimiert wird diese Förderung dabei auf Basis von Vorgaben politischer

und rechtlicher Natur (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste 2015: 4). Aus dem Kulturfinanzbericht der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder von 2020 geht hervor, dass die öffentlichen Ausgaben für Kultur sowohl auf Ebene des Bundes als auch auf Ebene der Länder und Gemeinden von 2005 bis 2017 (s. Abbildung 1) gestiegen sind (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020: 22). Auch prozentual gemessen am BIP lässt sich eine Steigerung der Kulturausgaben des Bundes von 0,05 % im Jahr 2010 auf 0,06 % im Jahr 2017 messen (ebd.). Die staatlichen Kulturausgaben des Bundes dienen u. a. der „Gesamtstaatliche{n} Repräsentation“ (ebd.: 22). Daraus lässt sich ableiten, dass die Förderung von Kultur in seiner Eigenschaft als weicher Standortfaktor zumindest Teilziel der staatlichen Kulturförderung bzw. -initiativen ist.

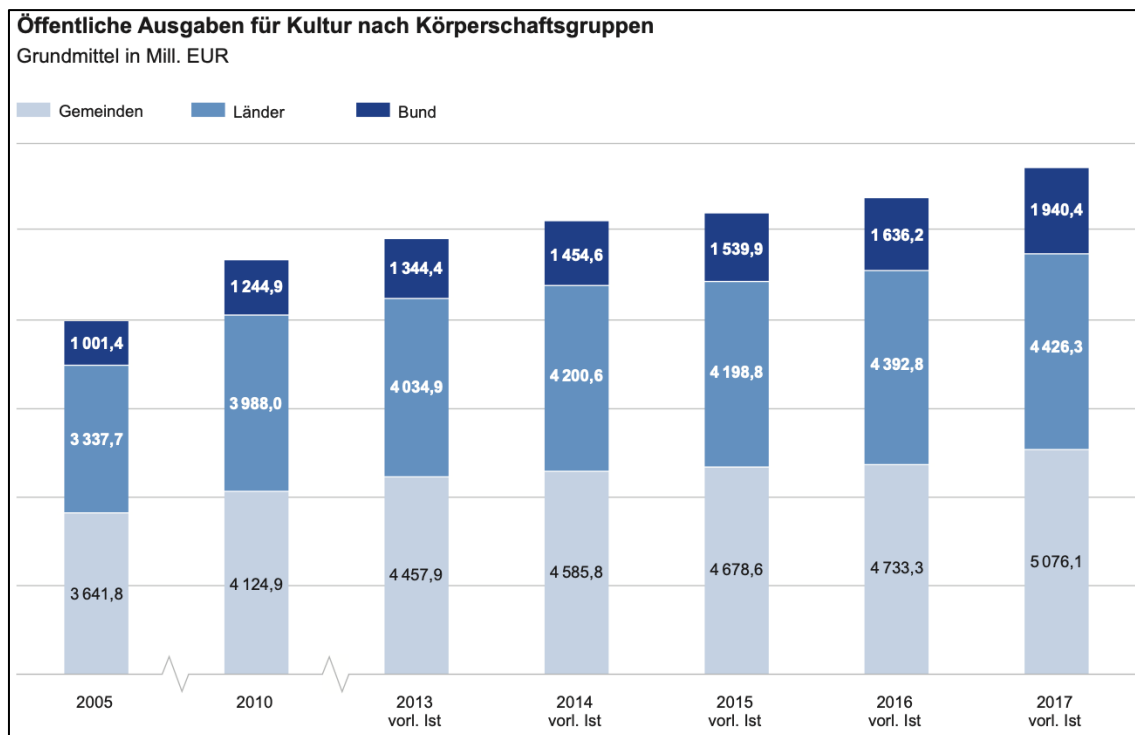


Abbildung 1: Öffentliche Ausgaben für Kultur nach Körperschaftsgruppen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020: 22)

Da die externen bzw. mittelbaren Effekte der staatlichen Kulturausgaben- und -förderung nicht bzw. nur kaum volkswirtschaftlichen gemessen werden können (Hummel/Berger 1988: 41), lassen sich auch die (mittelbaren) Auswirkungen eines gut ausgeprägten Kulturangebotes an einem Standort auf die Stellung eines Standortes im Standortwettbewerb kaum quantitativ anhand konkreter ökonomischer Kennzahlen bestimmen. Grundsätzlich kann dennoch festgehalten werden, dass staatliche Kunst- und Kulturausgaben, welche auf die Förderung bzw. Steigerung kultureller Leistungen ausgerichtet sind, positive Effekte auf Einkommen und Beschäftigung an einem Standort haben (ebd.: 154). Dabei muss jedoch beachtet werden, dass diese positiven Effekte nicht zwangsläufig bzw. ausschließlich mit dem weichen Standortfaktor „Kultur“ in Zusammenhang stehen müssen. Auch ist offen, ob die staatlichen Defizite, welche mit den staatlichen Kulturausgaben einhergehen, durch die genannten positiven Effekte gedeckt werden können (ebd.).

5 Bedeutung des Standortfaktors „Kultur“ im Standortwettbewerb

Aus ökonomischer Sicht stellt Kultur – insbesondere vor dem Hintergrund fortschreitender Globalisierungsentwicklungen – einen Standortfaktor mit wachsender Relevanz dar. Der „außer-kulturelle Nutzen“ von Kultur in Form von sozialen, bildungs- und entwicklungspolitischen sowie ökonomischen Aspekten tritt dabei zunehmend in den Vordergrund. Ursache hierfür ist u.a., dass die Kulturwirtschaft eine „beschäftigungs- und umsatzstarke Branche“ ist und damit einen zentralen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leistet (Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste 2015: 4). Diese ökonomische Perspektive basiert auf einem Kulturverständnis, welches vordergründig die Kulturwirtschaft betrachtet und Kultur somit als harten Standortfaktor charakterisiert. Dies verdeutlicht, dass bei der Ermittlung der Bedeutung von Kultur im Standortwettbewerb eine Abgrenzung zwischen Kultur als harter und als weicher Standortfaktor erfolgen muss, da beide Perspektiven einem unterschiedlichen Kulturverständnis zugrunde liegen. Im Folgenden wird i. S. d. in Kapitel 2.1 dargelegten Kulturdefinition die Bedeutung von Kultur als weicher Standortfaktor betrachtet und kritisch analysiert. Grundlegende Annahme der folgenden Ausführungen ist, dass mit steigender Qualität und Quantität des Angebots an Kunst und Kultur an einem Standort – und damit mit zunehmender Ausprägung des weichen Standortfaktors „Kultur“ – die Attraktivität eines Standortes für die Einwohner*innen steigt. Dies gelte selbst dann, wenn die Kunst- und Kulturangebote nicht von den Einwohner*innen in Anspruch genommen werden würden. D. h., dass allein die Verfügbarkeit eines ausgeprägten Kulturangebotes zu einer Attraktivitätssteigerung eines Standortes im Standortwettbewerb führt (Hummel/Berger 1988: 36). Mit der Optimierung des Standortimages wird gleichzeitig die Ansiedlung von Einwohner*innen bzw. qualifizierten Arbeitskräften und damit auch von Unternehmen gefördert (ebd.: 36 f.).

Im Zeitalter der sog. „Wissensgesellschaft“ (Mäding 2012: 110) bzw. der sog. „Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft“ (Thießen 2005: 17) gewinnen mit zunehmender Tendenz insbesondere in fortgeschritten entwickelten Volkswirtschaften gegenüber klassischen harten arbeits- und kapitalbezogenen Standortfaktoren vor allem wissens- und human-kapitalorientierte Standortfaktoren an Bedeutung (Blume 2012: 20). Grund hierfür liege u. a. darin, dass sich Unternehmen zum Erhalt ihrer Leistungsfähigkeit im Zuge des gesellschaftlichen (Werte-)Wandels an den neuen Anforderungen ihrer Mitarbeitenden orientieren. Für diese wiederum seien Faktoren, wie das Image, das sog. Flair, die Wohnsituation oder auch die Freizeitmöglichkeiten von wachsender Bedeutung (Thießen 2005: 19 f.). Trotz ihrer ausschließlich mittelbaren Relevanz für Betriebs- und Unternehmenstätigkeiten gelten weiche Standortfaktoren bei der Standortwahl von Unternehmen als zunehmend relevant (Bathelt/Gluckler 2012: 174; Gebhardt et al. 2007: 176; Döring/Aigner-Walder 2012: 249). Auch in der Praxis spiegelt sich dieses theoretische Phänomen wider. So kann die Entstehung von Unternehmensballungen auch an Standorten mit suboptimal ausgeprägten harten Standortfaktoren, wie überdurchschnittlichen Unterhalts- und Mietkosten und hohen staatlichen Abgaben, beobachtet werden, wenn weiche Standortfaktoren, wie das Standortflair, besonders gut ausgeprägt sind. Als praktisches Beispiel kann in diesem Kontext eine schwerpunktmäßige Ansiedlung der Elektronikindustrie in und um München zum Ende des 20. Jahrhunderts angeführt werden, obwohl München zu den teuersten Standorten im nationalen Vergleich zählte (Thießen 2005: 19).

Die Förderung und Optimierung weicher Standortfaktoren wird auch auf Ebene der Standort- bzw. Regionalpolitik zunehmend als Mittel zur Förderung der lokalen ökonomischen Entwicklung aufgefasst und eingesetzt (Gebhardt et al. 2007: 683). Diese Schwerpunktverlagerung liegt u. a. in dem Abhängigkeitsverhältnis von Unternehmen und qualifizierten

Arbeitskräften begründet (Thießen 2005: 25; Gebhardt et al. 2007: 683). Die Qualität und die Quantität des Angebots an Arbeitskräften gelten als unmittelbar relevant für die Geschäftstätigkeit der Unternehmen und damit als harter Standortfaktor (Gebhardt et al. 2007: 683). In ihrer ökonomischen Bestrebung siedeln sich Unternehmen vorzugsweise an Standorten an, an welchen möglichst viele und möglichst qualifizierte Arbeitskräfte ansässig sind. Das führt dazu, dass Standorte bzw. Gebietskörperschaften, wie Staaten und Städte, im Rahmen ihres Standortwettbewerbs um (ausländische) Direktinvestitionen auf Faktormärkten um mobile Produktionsfaktoren konkurrieren. Auch qualifizierte Arbeitskräfte gelten als ein solcher mobiler Produktionsfaktor (Eisold 2014: 17). Um ihre Attraktivität für die Ansiedlung von Arbeitskräften zu steigern und damit mittelbar von der Ansiedlung (transnationaler) Unternehmen zu profitieren, versuchen Standorte ihre lokale Lebensqualität zu steigern. Auch die Kultur stellt als weicher Standortfaktor einen Aspekt der standortspezifischen Lebensqualität dar. Mit steigender Quantität und Qualität des kulturellen Angebots steigt in der Theorie somit die Lebensqualität an einem Standort und damit auch die Zahl qualifizierter Arbeitskräfte (Thießen 2005: 25). Aus dieser Korrelation wird das Abhängigkeitsverhältnis zwischen harten und weichen Standortfaktoren deutlich. Weiche Standortfaktoren, welche harte Standortfaktoren beeinflussen, werden mittelbar durch die hohe Relevanz der harten Faktoren ebenfalls in ihrer Bedeutung im Standortwettbewerb bestärkt. Isoliert betrachtet, haben weiche – insbesondere personenbezogene – Standortfaktoren, wie z. B. die Kultur, nach dieser Auffassung nur einen geringen Einfluss auf die Standortentscheidung von Unternehmen (Grabow 2005:42).

Allerdings gilt die Relevanz des Standortfaktors Kultur im Zusammenhang mit seiner attrahierenden Wirkung auf qualifizierte Arbeitskräfte als umstritten. So werde die Bedeutung der Verfügbarkeit eines ausgeprägten hochkulturellen Angebots, wie z. B. von Symphonieorchestern, Opern, Balletten und Theatern regelmäßig überschätzt (Thießen 2005: 25). Die Bedeutung von Kultur im Kontext mit der Attraktivität und des Images eines Standortes würde je nach Branche und Unternehmensart (Grabow 2005:40), aber auch in Abhängigkeit von der Art und Größe der als Standortfaktor fungierenden Gebietskörperschaft z. T. erheblich unterschiedlich bewertet werden. Grundsätzlich spielten für Großstädte im Vergleich zu kleineren Städten die externe Wahrnehmung, Wirkung und Werbung eine entscheidendere Rolle, da sie überregional bzw. international mit anderen Standorten im Wettbewerb stünden. Großstädte würden daher auch der Bedeutung des Kultur- und Freizeitangebots eine deutlich höhere Bedeutung zumessen (ebd.: 50).

Eine weitere Theorie für die Bedeutungsentwicklung geht von der Annahme aus, dass sich Standorte im Rahmen des Standortwettbewerbs zunehmend in ihren mobilen bzw. „ubiquitären“ (Cortrie 2009: 34) harten Standortfaktoren angleichen, um die grundlegenden Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen zu begünstigen. Durch diese Form der Bedürfnisdeckung treten zunehmend weiche Standortfaktoren in den Fokus der Standortwahl und damit auch der Standortpolitik (ebd.: 34 f.). Anders formuliert geht diese These davon aus, dass harte Standortfaktoren zwar weiterhin von entscheidenderer Bedeutung sind als die weichen, allerdings optimieren Standorte im Rahmen des Standortwettbewerbs ihre harten Standortfaktoren in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Die dadurch bedingte Angleichung führe dazu, dass die harten Standortfaktoren z. T. keine Standortvorteile mehr versprechen und stattdessen zunehmend die weichen Standortfaktoren den ausschlaggebenden Aspekt bei der Standortwahl von Unternehmen darstellen würden (Thießen 2005: 16). Auch empirisch findet die These Bestätigung. So würden Unternehmen im Zuge der abschließenden Phase ihres Standortwahlprozesses – der „Detailanalyse“ (ebd.) – ihre Entscheidung regelmäßig von weichen Standortfaktoren abhängig machen (Thießen 2005: 16 f.; Grabow 2005: 42).

Aus einer die klassische Standortlehre kritisierenden Sichtweise sei die Annahme, dass Unternehmen ihre Standortentscheidungen maßgeblich anhand rationaler Kriterien und auf Basis einer umfassenden Informationsgrundlage fällen würden, als praxisfern zu beurteilen. Entgegen dieser Annahme zeige die Empirie, dass im Rahmen von Standortentscheidungen Standorte bereits vor Analyse der Datenlage selektiert bzw. ausselektiert werden. Diese sog. „Standortvorauswahl“ (Thießen 2005: 21) fundiere auf subjektiven und z. T. unbewussten Assoziationen, welche mit Standorten konnotiert werden würden (Thießen 2005: 20 f.; Grabow 2005: 42). Harte und weiche Standortfaktoren würden dabei zu einem imaginären Gesamteindruck verschmelzen und auf die Standortwahl der verantwortlichen Entscheidungsträger einwirken (Thießen 2005: 22). Auch kulturelle Assoziationen seien dabei von entscheidender Bedeutung. Sie würden u. a. auf imageprägende kulturelle und kulturwissenschaftliche Einrichtungen, Festivals und bekannte Bauwerke und Persönlichkeiten zurückzuführen sein (ebd.: 21).

Ein Lehr- und Forschungsbericht der Universität Potsdam hebt die besondere Bedeutung weicher Standortfaktoren bei der Standortwahl internationaler Unternehmen hervor. Im Rahmen des Berichts wurden hochrangige Manager internationaler Unternehmen – unter Berücksichtigung der BRD als Wirtschaftsstandort – zu den Themengebieten Standortpolitik und -entscheidungen befragt (Balderjahn/Schnurrenberger 1999: 5). Demnach würden Unternehmen in der Tendenz weichen Standortfaktoren im Rahmen ihrer Standortentscheidungen eine hohe Relevanz zusprechen. Zu diesen Standortfaktoren zählten z. B. die Lebensqualität sowie das Wohnumfeld (ebd.: 42). Bereits bei der Festlegung spezifischer und den jeweiligen Unternehmensanforderungen entsprechender Standortsuchräume würden sich u. a. „kulturelle Affinitäten“ (ebd.: 28) sowie das „Image der Länder und Regionen“ (ebd.: 29) als Einflussfaktoren auf die Wahl des Standortes auswirken (ebd.: 26 f.). Ergebnis der Befragung war allerdings auch, dass die Beeinflussung von Mitarbeitenden und Entscheider*innen durch weiche Standortfaktoren z. T. als illegitim erachtet werde. Die Ursache für diesen Widerspruch liege in der unterschiedlichen Priorisierung weicher Faktoren seitens der persönlich vom Standortwechsel betroffenen Stakeholdergruppen und der ökonomischen Perspektive des Unternehmens. Einerseits werde den weichen Standortfaktoren von den persönlich Betroffenen eine relativ hohe Bedeutung zugesprochen. Andererseits hänge die Relevanzbemessung weicher Standortfaktoren aus Unternehmensperspektive vom jeweiligen Bedarf an qualifizierten Mitarbeitenden sowie der Verfügbarkeit entsprechend hochqualifizierter Mitarbeitender an einem Standort ab. Je größer der Bedarf und je höher die Verfügbarkeit an einem Standort, desto eher richten sich die Unternehmen bei ihrer Standortwahl an den Präferenzen der Arbeitskräfte aus. D. h., dass die Relevanz weicher Standortfaktoren aus ökonomischer Unternehmensperspektive in Abhängigkeit der genannten Faktoren variiert. Liegt ein hoher Personalbedarf vor, so richten sich Unternehmen tendenziell nach den privaten Präferenzen qualifizierter Arbeitskräfte und damit auch an den persönlichen Anforderungen an ihr Lebensumfeld und ihrer Standortwahl aus. Ist eine solche Ausrichtung nicht möglich, so ist dieser Standortnachteil durch die Anpassung anderer Faktoren seitens eines Unternehmens, wie der Bezahlung, zu kompensieren (ebd.: 42). Dementsprechend kann auch die Bedeutung von Kultur als weicher Standortfaktor als perspektiv- und situationsabhängig charakterisiert und damit unterschiedlich gewichtet werden. Wird den im Forschungsbericht beschriebenen Tendenzen gefolgt, so müsste auch Kultur als personenbezogener Standortfaktor eine hohe Bedeutung zuzusprechen sein, da die personenbezogenen Standortfaktoren insbesondere für die Beschäftigten auf persönlicher Ebene eine zentrale Rolle spielen.

6 Fazit

Im Fazit werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und kritisch reflektiert. Abschließend erfolgt ein Ausblick auf die Frage, wie sich die Bedeutung von Kultur als weicher Standortfaktor in Zukunft im Standortwettbewerb entwickeln könnte.

6.1 Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich zunächst pointiert festhalten, dass die Bemessung der Bedeutung des Standortfaktors Kultur von verschiedenen Faktoren und Perspektiven abhängig ist. Zunächst ist bei der Bedeutungsermittlung zwischen Kultur als harter und als weicher Standortfaktor zu differenzieren, da beiden Betrachtungsweisen ein unterschiedliches Kulturverständnis zugrunde liegt. Während der harte Standortfaktorbegriff die Kulturwirtschaft in den Vordergrund der Betrachtung stellt, hebt der weiche Standortfaktorbegriff das kulturelle Angebot und das davon abhängige Image eines Standorts hervor. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass in Abhängigkeit von der Branche weiche Standortfaktoren von anderen Unternehmen als harte Standortfaktoren charakterisiert werden. Bei ausschließlicher Analyse der Bedeutung von Kultur als weichem Standortfaktor ist weiterhin zwischen weichen personengebundenen und weichen unternehmensbezogenen Standortfaktoren zu unterscheiden. Während die Kultur für Unternehmen lediglich einen mittelbaren Einfluss spielt, scheint die Bedeutung für Entscheidungsträger und Beschäftigte von unmittelbarer Bedeutung zu sein und einen zentralen Aspekt der Lebensqualität darzustellen. Aus staatlicher Perspektive scheinen die steigenden Kulturausgaben, die staatliche Rechtfertigung der Kulturförderung i. S. d. Selbstverständnisses der BRD als „Kulturstaat“ sowie die (verfassungs-)rechtliche Verankerung der Kultur in die Rechtsordnung der BRD auf eine hohe staatliche Bedeutungszumessung der Kultur hinzuweisen. Inwiefern der Staat Kultur dabei in seiner Funktion als weichen Standortfaktor begreift und fördern möchte, kann allerdings nicht eindeutig bestimmt werden.

Im Konsens ist festzuhalten, dass Kultur als weicher Standortfaktor im Standortwettbewerb grundsätzlich eine Rolle spielt. Dies wird bereits anhand der empirischen Beispiele deutlich. Umstritten erscheint aus ökonomischer Perspektive hingegen insbesondere die Frage, ob Kultur als weicher Standortfaktor eine unmittelbare oder mittelbare Bedeutung im Standortwettbewerb zukommt. Der mittelbare Einfluss der Kultur liege als unternehmensbezogener Standortfaktor im Abhängigkeitsverhältnis von Unternehmen und qualifizierten Arbeitskräften begründet. Grundsätzlich steigt das Angebot an qualifiziertem Personal mit zunehmender Ausprägung des weichen Standortfaktors Kultur. Da die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften einen harten Standortfaktor darstellt, welcher von existenzieller und unmittelbarer Bedeutung für Unternehmen ist, wird die Bedeutung von Kultur als Standortfaktor aus Unternehmensperspektive ebenfalls mittelbar gesteigert. Allerdings erscheint in diesem Kontext fraglich, ob sich überwiegend die Unternehmen im Rahmen ihrer Standortwahl an dem Standortentscheidungsverhalten der Arbeitnehmer*innen ausrichten oder ob schwerpunktmäßig die Arbeitnehmer*innen dem Arbeitsangebot folgen (Thießen 2005: 28). Für die unmittelbare Bedeutung von Kultur als weicher Standortfaktor im Standortwettbewerb wird u. a. argumentiert, dass die praktische Standortwahl von Unternehmen abweichend von der idealtypischen Vorstellung des „Homo oeconomicus“ auch von irrationalen Kriterien abhängig ist. Auch die Angleichung der ubiquitären harten Standortfaktoren spricht für die unmittelbare Bedeutung bzw. einen Bedeutungszuwachs weicher Standortfaktoren.

Das Kulturangebot eines Standortes hat als weicher Standortfaktor sowohl einen positiven bzw. fördernden Einfluss auf die standortspezifische Nachfrage nach Arbeit als auch für

die Ansiedlung von Unternehmen. Letzteres kann einerseits mit der Befürchtung der Arbeitgeber, Mitarbeitende könnten an attraktivere Standorte abwandern, begründet werden. Andererseits wird die Arbeitsmotivation und das berufliche Engagement der Mitarbeitenden mit der Lebensqualität an Standorten in Verbindung gebracht (Thießen 2005: 30 f.). Wie groß dieser Einfluss konkret ist und wie die jeweiligen weichen Standortfaktoren dabei zu gewichten sind, kann jedoch einerseits aufgrund der schlechten Quantifizierbarkeit bzw. ökonomischen Messbarkeit weicher Standortfaktoren und andererseits aufgrund der subjektiven perspektivenabhängigen Gewichtung nicht pauschal beantwortet werden.

6.2 *Ausblick*

Aufgrund der zunehmenden Globalisierungstendenzen nimmt auch der internationale Standortwettbewerb zu. Je mehr Akteure dabei um Ressourcen konkurrieren, desto höher wird auch die Rivalität um qualifizierte Arbeitskräfte. Grundsätzlich ist daher davon auszugehen, dass sich Unternehmen im Rahmen ihrer Rivalität und ihrer Existenzsicherung künftig zunehmend an den Standortentscheidungen ihrer nachgefragten spezifisch qualifizierten potenziellen Arbeitnehmer*innen orientieren. Für diese spielt das kulturelle Angebot und Image eines Standortes bei ihrer Standortwahl eine zentrale Rolle. Dieses Abhängigkeitsverhältnis führt zu einer mittelbaren Bedeutungssteigerung des weichen Standortfaktors „Kultur“ für Unternehmen. Neben der Globalisierungsentwicklungen sind auch die fortlaufenden gesellschaftlichen Entwicklungen in Richtung einer „Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft“ für die künftige Bedeutungsentwicklung des weichen Standortfaktors „Kultur“ von Relevanz. Mit dem gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel entwickelt sich auch das Arbeit- Freizeit-Verhältnis und damit die Anforderungen und die Nachfrage nach bestimmten weichen Standortfaktoren, wie Kultur und Freizeiteinrichtungen. Grundsätzlich ist daher von einem Bedeutungsgewinn von Kultur als weicher Standortfaktor im Standortwettbewerb auszugehen.

Quellenverzeichnis

Balderjahn, Ingo/Schnurrenberger, Bernd (1999): Der Standort Deutschland im Lichte der Standortpolitik internationaler Unternehmen. Ergebnisse einer Befragung hochrangiger Manager auf Basis eines qualitativen Ansatzes. Potsdam: Universität Potsdam.

Bathelt, Harald/Glückler, Johannes (2012): Wirtschaftsgeographie. 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart: Eugen Ulmer Verlag.

Berthold, Norbert/Fricke, Holger (2009): Die Bundesländer im Standortwettbewerb. Würzburg: Bayerische Julius-Maximilians-Universität, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik.

Blume, Lorenz (2012): Ökonomische Rahmenbedingungen und Herausforderungen des Standortwettbewerbs. In: Kauffmann, Albrecht/Rosenfeld, Martin T. W. (Hrsg.): Städte und Regionen im Standortwettbewerb. Neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik. Hannover: Verlag der ARL, S. 14-31.

Cortrie, Sabrina (2009): Weiche Standortfaktoren als Angelegenheit der kommunalen Wirtschaftsförderung. Hamburg: Diplomica-Verlag.

Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste (Hrsg.) (2015): Kulturpolitik – Formen und Bereiche der Bundeskulturpolitik im föderalen Staat. URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/410170/5115fad0100de95a930f7ee8d328b620/WD-10-034-15-pdf-data.pdf> (Datum der Recherche: 29.10.2021).

Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.) (1983): Weltkonferenz über Kulturpolitik. Schlussbericht der von der UNESCO vom 26. Juli bis 6. August 1982 in Mexiko-Stadt veranstalteten internationalen Konferenz. (UNESCO-Konferenzberichte, Nr. 5). München: K. G. Saur.

Döring, Thomas/Aigner-Walder, Birgit (2012): Strukturschwache Räume im Standortwettbewerb – Fallanalyse Kärnten unter besonderer Berücksichtigung der Städte Klagenfurt und Villach. In: Kauffmann, Albrecht/Rosenfeld, Martin T. W. (Hrsg.): Städte und Regionen im Standortwettbewerb. Neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik. Hannover: Verlag der ARL, S. 234-25

Eisold, Hans-Elmar (2014): Entscheidungsproblem Unternehmen – Standort. Vergleich normativer, behavioristischer und struktureller Standortanalyseansätze. München: Fakultät für Betriebswirtschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München.

Gebhardt, Hans/Glaser, Rüdiger/Radtke, Ulrich/Reuber, Paul (Hrsg.) (2007): Geographie: Physische Geographie und Humangeographie (1. Auflage). München: Spektrum Akademischer Verlag.

Grabow, Busso/Henckel, Dietrich/Hollbach-Grömig, Beate (1995): Weiche Standortfaktoren. Stuttgart, Berlin, Köln: Deutscher Gemeindeverlag.

Grabow, Busso (2005): Weiche Standortfaktoren in Theorie und Empirie – ein Überblick. In: Thießen, Friedrich/Cernavin, Oleg/Führ, Martin/Kaltenbach, Martin (Hrsg.): Weiche

Standortfaktoren. Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung. Interdisziplinäre Beiträge zur regionalen Wirtschaftsforschung. Berlin: Duncker & Humblot, S. 37-52.

Hebborn, Klaus (2015): Kultur als Standortfaktor. In: Freericks, Renate/Brinkmann, Dieter (Hrsg.): Die Stadt als Kultur- und Erlebnisraum. Bremen: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e.V.

Hummel, Marlies/Berger, Manfred (1988): Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur. Gutachten im Auftrag des Bundesministers des Innern. Berlin/München: Duncker & Humblot.

Klein, Armin (2018): Kulturstaat. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch Staat. Wiesbaden: Springer VS, S. 329-338.

Koch, Eckart (2017): Globalisierung: Wirtschaft und Politik. Chancen - Risiken - Antworten. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer Gabler.

Kyrer, Alfred (2017): Wirtschaftslexikon. 4., vollständig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage. München, Wien: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Lübking, Uwe (2018): Kooperativer Kulturföderalismus ist ein Erfolgsmodell. In: Zimmermann, Olaf: Wachgeküsst. 20 Jahre neue Kulturpolitik des Bundes 1998— 2018. Berlin: Deutscher Kulturrat e.V., S. 446-448.

Mäding, Heinrich (2012): Strategische Regionsbildung: Ein neuer Ansatz zur Positionierung der Kommunen im Standortwettbewerb. In: Kauffmann, Albrecht/Rosenfeld, Martin T. W. (Hrsg.): Städte und Regionen im Standortwettbewerb.

Neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik. Hannover: Verlag der ARL, S. 108-122.

Nünning, Ansgar (2009): Vielfalt der Kulturbegriffe. URL: <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/kulturelle-bildung/59917/kulturbegriffe> (Datum der Recherche: 10.11.2021).

Ort, Claus-Michael (2008): Kulturbegriffe und Kulturtheorien. In: Nünning, Ansgar/Nünning, Vera (Hrsg.): Einführung in die Kulturwissenschaften. Stuttgart: J.B. Metzler, S. 19-38.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2021): Unterzeichnung des Einigungsvertrages. URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/einigungsvertrag-353970> (Datum der Recherche: 03.12.2021).

Rosenfeld, Martin T. W. (2012): Wie wirkt der verschärfte Standortwettbewerb auf die Stadt- und Regionalentwicklung? – Einführung in die Thematik und Erläuterungen zum Aufbau des Sammelbandes. In: Kauffmann, Albrecht/Rosenfeld, Martin T. W. (Hrsg.): Städte und Regionen im Standortwettbewerb. Neue Tendenzen, Auswirkungen und Folgerungen für die Politik. Hannover: Verlag der ARL.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2020): Kulturfinanzbericht 2020. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Stiller, Silva (2012): Hamburg: Wissensbasierter Strukturwandel beeinflusst die Standortpolitik. In: Kaufmann, Albrecht/Rosenfeld, Martin T.W. (Hrsg.): Städte und Regionen im Standortwettbewerb. Hannover: Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

Thießen, Friedrich (2005): Zum Geleit: Weiche Standortfaktoren – die fünf Sichtweisen. In: Thießen, Friedrich/Cernavin, Oleg/Führ, Martin/Kaltenbach, Martin (Hrsg.): Weiche Standortfaktoren. Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung. Interdisziplinäre Beiträge zur regionalen Wirtschaftsforschung. Berlin: Duncker & Humblot, S. 9-34.

Weber, Alfred (1909): Über den Standort der Industrien. Erster Teil: Reine Theorie des Standorts. Tübingen: Verlag von J. C. B. Mohr.

Weizsäcker, Carl Christian (1999): Logik der Globalisierung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht